



## Niederschrift

über die 9. Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales, Gleichstellung und  
Integration  
am 08.11.2017

**Sitzungsort:** Eschenzimmer, Raum 122, Markt 1, 53757 Sankt Augustin  
**Beginn:** 18:00 Uhr  
**Ende:** 20:30 Uhr

### Anwesend waren:

#### CDU-Fraktion

Gosemann, Andreas	Ratsmitglied
Lienesch, Sascha	Ratsmitglied
Höhr, Daniel	sachkundige/r Bürger/in
Radke, Johannes	sachkundige/r Bürger/in
Beutel, Dirk	Ratsmitglied vertretend
Wiskemann, Gabriele	sachkundige/r Bürger/in vertretend
Stefan, Anna	Ratsmitglied

#### SPD-Fraktion

Bergmann-Gries, Jutta	Ratsmitglied
Bilgmann, Brigitte	Ratsmitglied
Kourkoulos, Jörg	Ratsmitglied
Langen, Jürgen Dr.	sachkundiger Bürger
Richter, Michael	sachkundiger Bürger

#### Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Schulenburg, Monika	Ratsmitglied
Haacke, Wolfgang	Ratsmitglied

#### FDP-Fraktion

Willnecker, Carsten	sachkundige/r Bürger/in
---------------------	-------------------------

#### Fraktion AUFBRUCH!

Schmidt, Carmen	Ratsmitglied
Ide, Margarete	sachkundige Bürgerin vertretend

#### DIE LINKE. Fraktion

Schmidt, Michael	sachkundiger Bürger vertretend
------------------	--------------------------------



**Es wurden folgende Tagesordnungspunkte behandelt:**

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand
-----	--------	---------------------

**Öffentlicher Teil:**

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2. 17/0285 Bestellung eines Schriftführers
3. Verpflichtung sachkundiger Bürger
4. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 22.03.2017
5. Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 22.03.2017 gefassten Beschlüsse
6. Vorstellung des am 24.10.2017 gestarteten ZWAR-Projektes
7. 17/0342 Zweiter Sachstandsbericht bzgl. der Umsetzung der im kommunalen Aktionsplan Inklusion ausgesprochenen Handlungs-/Maßnahmenempfehlungen
8. 17/0335 Tätigkeitsbericht der ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten
9. 17/0347 Bericht der Verwaltung zum Antrag der SPD Fraktion - Förderung von weiblichen Führungskräften (Drucksachenummer: 16/0124)
10. 17/0293 Bericht zum Frauenförderplan 2016
11. 17/0331 Achter Erfahrungsbericht bzgl. der zum 01.10.2009 in der Stadt Sankt Augustin eingeführten Ehrenamtskarte NRW
12. 17/0245 Dritte Fortschreibung statistischer Auswertungen für die Gesamtstadt und vier ausgewählte Quartiere
13. 17/0304 Satzung der Stadt Sankt Augustin über die Unterhaltung und Benutzung von Übergangsheimen (Unterbringungssatzung)
14. Anträge der Fraktionen
15. Anfragen und Mitteilungen

15.1. Anfragen

15.1.1. 17/0237 Stand der Unterbringung von Flüchtlingen  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

15.2. Mitteilungen

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand	Dienststelle
-----	--------	---------------------	--------------

**Öffentlicher Teil:**

1		<b>Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung</b>	
---	--	--	--

Herr Kourkoulos stellte die Beschlussfähigkeit, die rechtzeitige und formgerechte Einladung sowie die fehlenden Mitglieder fest. Anträge zur Tagesordnung wurden nicht gestellt.

2	17/0285	<b>Bestellung eines Schriftführers</b>	<b>FB 4</b>
---	---------	--	-------------

**Beschlussvorschlag:**

Gem. § 52 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit § 58 Abs. 2 GO NRW wird Herr Thomas Linka zum Schriftführer des Ausschusses für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration des Rates der Stadt Sankt Augustin bestellt.

**einstimmig**

3		<b>Verpflichtung sachkundiger Bürger</b>	
---	--	--	--

Die sachkundige Bürgerin Margarete Ide und der sachkundige Bürger Michael Richter wurden in der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration des Rates der Stadt Sankt Augustin durch den Vorsitzenden eingeführt und in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet.

4		<b>Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 22.03.2017</b>	
---	--	---	--

Der Ausschuss nahm die Niederschrift zur Kenntnis. Einwendungen wurden nicht erhoben.

5		<b>Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 22.03.2017 gefassten Beschlüsse</b>	
---	--	---	--

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

6		<b>Vorstellung des am 24.10.2017 gestarteten ZWAR-Projektes</b>	
---	--	---	--

Frau Claudia Gabriel vom Caritasverband Rhein-Sieg stellte in einem kurzen Vortrag das Projekt vor.

Frau Gabriel unterstützt durch Herrn Paul Stanjek von der ZWAR-Zentralstelle werden das Projekt und die Gruppe im ersten Jahr begleiten.

ZWAR steht für **Z**wischen **A**rbeit und **R**uhestand.

Als Netzwerk konzipiert unterstützt und begleitet es Menschen, die gemeinsam mit anderen ihr Leben nach der Familien- und Erwerbsarbeit eigenverantwortlich und aktiv gestalten wollen. Eine ZWAR-Gruppe ist eine stadtteilorientierte Selbsthilfeinitiative, in der sich Teilnehmer kennenlernen, gemeinsame Interessen und Themen finden und gemeinsam Freizeit organisieren können. Die Aktivitäten einer ZWAR-Gruppe sind vielfältig: Klön- und Spieleabende, Fahrradfahren und Wandern, Theater-, Kino und Museumsbesuch, gemeinsame Reisen und Feiern. All dies wird von den Gruppenteilnehmern selber organisiert und durchgeführt. Darüber hinaus helfen sie sich gegenseitig und engagieren sich auf unterschiedliche Art für soziale Belange in ihrem Lebensumfeld.

Der Ausschuss nahm die Ausführungen von Frau Gabriel positiv zur Kenntnis und wünschte dem Projekt einen guten Start.

<b>7</b>	<b>17/0342</b>	<b>Zweiter Sachstandsbericht bzgl. der Umsetzung der im kommunalen Aktionsplan Inklusion ausgesprochenen Handlungs-/Maßnahmenempfehlungen</b>	<b>FB 4</b>
----------	----------------	---	-------------

Herr Doğan erläuterte zunächst nochmals kurz den Sachstandsbericht. Herr Gleß ergänzte die Einführung von Herrn Doğan für den Bereich seines Dezernates.

Von Seiten der Fraktionen wurde der Bericht kritisch aufgenommen, jedoch nicht ohne auch gleichzeitig auf das bereits Geleistete positiv hinzuweisen.

Es wurde teilweise Verständnis dafür aufgebracht, dass durch die Umstände in der Vergangenheit, Stichwort u. a. „Flüchtlingsproblematik“, und der gleichzeitig seitdem bestehenden Personalknappheit es in verschiedenen Fachbereichen zu Verzögerungen bei der Umsetzung des Aktionsplans gekommen sei. Der Umsetzungsstand würde sich jedoch in Bereichen, welche nicht unbedingt mit der Frage nach Personal verknüpft seien, nicht ganz zufriedenstellend darstellen. Auch müsse für die Umsetzung der einzelnen Empfehlungen und Maßnahmen der jeweilige Zeitraum nochmals angepasst werden.

Seitens von Herrn Gleß wurde für bestimmte Bereiche um eine gedankliche Modifikation von Teilaspekten des Berichts gebeten. Wichtig sei, dass das Thema Inklusion nicht nur „verordnet“ sondern auch gelebt würde. Seit der Einführung des Aktionsplans hat innerhalb der Verwaltung ein Umdenkprozess stattgefunden. Mittlerweile würde bei allen Entscheidungen, welche inklusionsrelevant seien, dieser Aspekt mitbedacht. Inklusion fließe insofern in die tägliche Verwaltungsarbeit mit ein.

Was die vorliegenden Probleme bei der Umsetzung des Aktionsplans durch die aktuellen Stellenvakanzen, welche wiederum unter anderem durch die Schwierigkeit der Stellenbesetzung hervorgerufen werden, betrifft, wurde sehr deutlich darauf aufmerksam gemacht, dass die weitere Arbeit mit der personellen Besetzung in diesem Bereich stehen und fallen könnte.

Herr Doğan erläuterte hierzu näher, dass, um diesem Risiko entgegen zu wirken, die Verwaltung versucht durch die Einrichtung einer Stabsstelle Integration sowie die Verknüpfung dieser Thematik mit dem Themenbereich der Inklusion, diese beiden Bereiche noch besser verzahnen zu können. Ziel sei es, dass durch Anhebung von Stellenanteilen einer Halbtagsstelle auf eine Vollzeitstelle bessere Chancen bestehen im Personalgewinnungsprozess geeignetes Fachpersonal am Arbeitsmarkt zu gewinnen. Hierzu wird auch verwaltungsintern erwartet, dass durch die Besetzung von „Schlüsselstellen“ z.B. Sozialplaner und Ansprechpartner für den Fahrplan „Barrierefreie Stadt“ im Dezernat III und IV, welche beide in Kürze erfolgen werden, sich eine Beschleunigung des Inklusionsprozesses und der daraus erwachsenen Aufgaben ergeben wird.

---

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration nimmt den zweiten Sachstandsbericht bzgl. der Umsetzung der im kommunalen Aktionsplan Inklusion ausgesprochenen Handlungs-/Maßnahmeempfehlungen zur Kenntnis.

**zur Kenntnis genommen**

<b>8</b>	<b>17/0335</b>	<b>Tätigkeitsbericht der ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten</b>	<b>FB 4</b>
----------	----------------	---	-------------

Frau Praschma-Spitzeck verwies, um Wiederholungen zu vermeiden, auf den vorliegenden schriftlichen Bericht.

Ein ausdrückliches Lob sprach sie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus, die die Behindertenbeauftragten bei Ihrer täglichen Arbeit in der überwiegenden Zahl der relevanten Sachverhalte ansprechen, konsultieren, in die anstehenden Entscheidung einbinden und insoweit mit den ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten kooperieren.

In Ergänzung zu Ihrem Bericht und im Rückblick auf TOP 7 der Tagesordnung wäre jedoch ein nicht so ganz konstruktiver Beitrag von ihrer Seite notwendig.

Viele Themen und Maßnahmen im Bereich der Inklusion würden nur funktionieren, weil die ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten „hinter die Kulissen schauen würden“ und diese Themen und Maßnahmen auch aus Sicht des Inklusionsgedankens kontrollieren. Dies würde das Ehrenamt jedoch in weiten Teilen überfordern. Auch wolle sie nicht verhehlen, dass zum Thema der Stellenbesetzungen sie zu oft vertröstet worden sei. Den diesbezüglichen Ausführungen würde sie jedoch gerne Glauben schenken, hätte aber begründete Angst, dass die Personalgewinnung abermals scheitere. Insoweit würde sie darum bitten, als „Ultima-Ratio-Lösung“ auch eine externe Unterstützung gegebenenfalls zu ihrer Entlastung in Erwägung zu ziehen.

Alle Fraktionen bedankten sich bei den Behindertenbeauftragten für die geleistete ehrenamtliche Arbeit.

Auf Nachfrage von Seiten der Fraktionen zum Themenbereich des Angebotes der Kindertagespflege im vorliegenden Bericht wurde diese Thematik durch Frau Praschma-Spitzeck und Herrn Doğan näher erläutert und hierzu auch auf den beigefügten Pressebericht verwiesen.

---

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration des Rates der Stadt Sankt Augustin nimmt den Bericht der ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten zur Kenntnis.

**zur Kenntnis genommen**

9	17/0347	<b>Bericht der Verwaltung zum Antrag der SPD Fraktion - Förderung von weiblichen Führungskräften (Drucksachennummer: 16/0124)</b>	FB 0
---	---------	---	------

Frau Sielaff-Bock erläuterte mündlich nochmals in Anlehnung an den Bericht die Problematik und weitere Verfahrensweise bei der Förderung von weiblichen Führungskräften. Hierbei machte sie darauf aufmerksam, dass es sich nicht um ein alleiniges Problem bei der Stadt Sankt Augustin handeln würde, sondern dass die Problematik bundesweit vorhanden sei.

Aus den Reihen der Fraktionen erfolgten daraufhin konkrete Nachfragen und Anregungen. So die Frage, ob alle Führungskräfte in Sachen „Förderung weiblicher Führungskräfte“ geschult würden, oder die Frage, ob aus den alten Schulungsmaßnahmen bereits Führungskräfte erwachsen seien?

Als Vorschlag zu einer weiblichen Führungskräftegewinnung erfolgte der Hinweis, dass es bei anderen Arbeitgebern systematische Potentialförderungsverfahren (Identifizierung potenzieller Führungskräfte) geben würde, die bei dieser Problematik vielleicht auch bei der Stadtverwaltung erfolgreich angewandt werden könnten.

Um einen Erfolg von Fördermaßnahmen nachzuvollziehen wurde angeregt, den vorliegenden Bericht fortzuschreiben und eventuell jährlich den Ausschussmitgliedern zuzuleiten.

Frau Sielaff-Bock konnte die konkreten Nachfragen insoweit beantworten, als dass alle Führungskräfte diesbezüglich geschult würden und bestätigen, dass aus den alten Schulungsmaßnahmen bis auf eine Person alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mittlerweile höherwertige Tätigkeiten oder Führungsaufgaben wahrnehmen. Einen jährlichen Sachstandsbericht halte sie für sinnvoll.

Herr Doğan griff die Anregung für das Potentialförderungsverfahren auf und möchte sie in die Klausurtagung des Verwaltungsvorstandes in Sachen Personalentwicklung, Personalförderung und Personalkonzeption mit einbringen, zumal ihm eine solches Verfahren von der Bundesagentur für Arbeit unter dem Begriff Potentialträgeranalyse bereits bekannt sei. Auch macht er darauf aufmerksam, dass es dem kompletten Verwaltungsvorstand bewusst sei, dass zukünftig die gesamte Thematik völlig neu gedacht werden müsse. Hierbei bräuchte „das Rad nicht neu erfunden zu werden“, sondern man könnte sicherlich auf die Stadt Sankt Augustin heruntergebrochen, von den diesbezüglichen Verfahren und den Erfahrungen, welche in den letzten Jahren in anderen Behörden

durchgeführt und gemacht wurden, profitieren. Auch sei dem gesamten Verwaltungsvorstand klar, dass in dem Themenbereich Personal zeitgemäße Anpassungen vorgenommen werden müssen, um zukunftsfähig zu sein. Nach der Klausurtagung würde es auf jeden Fall eine Rückkoppelung mit der Politik geben.

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration nimmt den Bericht der Verwaltung zur Förderung von weiblichen Führungskräften zur Kenntnis.

**zur Kenntnis genommen**

10	17/0293	Bericht zum Frauenförderplan 2016	GL
----	---------	-----------------------------------	----

Da große Teile dieses TOP bereits mit TOP 9 besprochen wurden, ergab sich kein Diskussionsbedarf.

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Sozialausschuss nimmt den Jahresbericht 2016 gemäß § 3 Frauenförderplan zur Kenntnis.
2. Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Rat nimmt den in der Anlage beigefügten Bericht nach § 3 Frauenförderplan zur Kenntnis.“

**einstimmig**

<b>11</b>	<b>17/0331</b>	<b>Achter Erfahrungsbericht bzgl. der zum 01.10.2009 in der Stadt Sankt Augustin eingeführten Ehrenamtskarte NRW</b>	<b>FB 4</b>
-----------	----------------	--	-------------

Auf diverse Nachfragen durch die Fraktionen wurden von Herrn Parpart nochmals die Unterschiede zwischen der Jugendleiterkarte (JuLeiCa) und der Ehrenamtskarte NRW dargestellt. Auch wurden nochmals die verschiedenen Zugangsvoraussetzungen erläutert.

Es wurde angeregt, dass bei der Pressearbeit sowie den Hinweisen auf der städtischen Homepage künftig besonders auch auf die überregionalen Vergünstigungen für die Ehrenamtskarteninhaber hingewiesen werden sollte, um so die Attraktivität und damit die kommunale Nachfrage zu erhöhen.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration des Rates der Stadt Sankt Augustin nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

#### **zur Kenntnis genommen**

<b>12</b>	<b>17/0245</b>	<b>Dritte Fortschreibung statistischer Auswertungen für die Gesamtstadt und vier ausgewählte Quartiere</b>	<b>FB 4</b>
-----------	----------------	--	-------------

Herr Parpart erläuterte die dritte Fortschreibung. Als Ergebnis konnte festgehalten werden, dass zu den Vorberichten keine wesentlichen Auffälligkeiten entstanden sind.

Zukünftig sei es die Aufgabe des Sozialplaners, sich mit der Thematik der Datengrundlagen auseinanderzusetzen und zu prüfen, ob die für den Bericht erhobenen Daten für eine Sozialplanung sinnvoll sind.

Zum nächsten Fortschreibungsbericht in zwei Jahren sei es sicherlich sinnvoll, nochmals in Abstimmung mit allen Beteiligten über den Umfang der erhobenen Daten zu reden. Ziel wäre ein eventuell schlanker Bericht mit gleicher Aussagekraft.

Von Seiten der Fraktionen wurde dieser Vorschlag unterstützt.

---

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration des Rates der Stadt Sankt Augustin nimmt die für die Gesamtstadt und die ausgewählten Quartiere 52 „Menden-Ost“, 53 „Menden-Süd“, 64 „Ankerstr.“ und 74 „Wohnpark /Am Engelsgraben“ durchgeführte dritte Datenfortschreibung zu Kenntnis.

**zur Kenntnis genommen**

<b>13</b>	<b>17/0304</b>	<b>Satzung der Stadt Sankt Augustin über die Unterhaltung und Benutzung von Übergangsheimen (Unterbringungssatzung)</b>	<b>FB 4</b>
-----------	----------------	---	-------------

Herr Tielke erläuterte ausführlich den Sinn und Zweck der Neu- / Zusammenfassung der neuen Unterbringungssatzung zu ihren drei Vorgängersatzungen, sowie die Berechnung und damit einhergehend Erhöhung der zukünftigen Benutzungsgebühr.

Zunächst erging von Seiten der Fraktionen ein Dank und der Respekt an die Verwaltung für die in diesem Bereich geleistete Arbeit. Gleichzeitig wurden Bedenken geäußert, dass die Formulierung in § 4 Absatz 4 der Satzung bezüglich der Zuweisung einer anderen Unterkunft zu hart sein könne. Auch wurden Befürchtungen geäußert, dass Selbstzahler eventuell über Gebühr belastet würden. Ebenfalls wurde die Frage aufgeworfen, warum sich die Gebühr gegenüber den Vorgängersatzungen nahezu verdoppelt hätte.

Herr Doğan, Herr Parpart und Herr Tielke führten hierzu aus, dass bei Umsetzungen von Bewohnern innerhalb der Unterkunft oder auch zwischen zwei Unterkünften grundsätzlich immer versucht wird, mit den Betroffenen eine einvernehmliche Lösung zu finden. Die Formulierung des betreffenden Paragraphen wäre das letzte Mittel, welches zum Einsatz kommen könnte.

Eine erhöhte Belastung der Selbstzahler sei bekannt, jedoch wird durch die zuständige Fachverwaltung versucht unter Zuhilfenahme unterschiedlichster Instrumente (z.B. Wohnungssuche, Wohnungsfindung, Wohnungsvermittlung usw.) in Zusammenarbeit mit den Betroffenen diese auf dem „normalen“ Wohnungsmarkt mit Wohnraum zu versorgen. Eine letzten Endes spürbare Belastung käme nur für die Bewohner zum Tragen, die sich den umfangreichen Hilfeangeboten verweigern würden.

Bezüglich der Berechnung und letzten Endes der Erhöhung der Benutzungsgebühr hätte die Verwaltung keinen Einfluss, da die Gebühr nach der Kommunalabgabenordnung errechnet werden müsse. Auch ist die Stadt im Rahmen der Haushaltsicherung verpflichtet alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um einen ausgeglichen Haushalt zu erreichen. Ein diesbezüglicher Verzicht auf mögliche Einnahmen könnte zu Schwierigkeiten bei der Genehmigung des Haushalts führen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration des Rates der Stadt Sankt Augustin empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt die Satzung der Stadt Sankt Augustin über die Unterhaltung und Benutzung von Übergangwohnheimen (Unterbringungssatzung).

**mehrheitlich ja**

**Jastimmen 15**  
**Neinstimmen 1**  
**Enthaltungen 1**

<b>14</b>		<b>Anträge der Fraktionen</b>	
-----------	--	-------------------------------	--

Zur Sitzung lagen keine Anträge der Fraktionen vor.

<b>15</b>		<b>Anfragen und Mitteilungen</b>	
-----------	--	----------------------------------	--

<b>15.1</b>		<b>Anfragen</b>	
-------------	--	-----------------	--

<b>15.1.1</b>	<b>17/0237</b>	<b>Stand der Unterbringung von Flüchtlingen</b> <b>Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b>	<b>GRÜNE</b>
---------------	----------------	--	--------------

Die schriftliche Beantwortung der Anfrage erfolgte am 08.09.2017 und wurde allen Fraktionen übermittelt.

**zur Kenntnis genommen**

<b>15.2</b>		<b>Mitteilungen</b>	
-------------	--	---------------------	--

Herr Parpart teilte dem Ausschuss mit, dass im Zusammenhang mit dem heute vorgestellten ZWAR-Projekt auch ein neues Hilfenetzwerk 60plus initiiert worden sei. Weitere Informationen hierzu sind der Anlage zur Niederschrift zu entnehmen.

Herr Tielke teilte mit, dass zum 01.01.2018 die Gesundheitskarte für die Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz eingeführt wird.

Herr Lienesch teilte mit, dass Herr Radtke aus dem Ausschuss ausscheidet.

Herr Kourkoulos als Vorsitzender des Ausschusses bedankte sich im Namen aller Ausschussmitglieder und auch persönlich bei Herrn Radtke für die in den vergangenen Jahren geleistete Arbeit und wünschte ihm für die Zukunft alles Gute.

### **zur Kenntnis genommen**

Sankt Augustin, den 21.11.2017

Thomas Linka  
Protokollführer/in

Jörg Kourkoulos  
Ausschussvorsitzende/r

Gesehen:

Klaus Schumacher  
Bürgermeister